

Amt Stralendorf

Dorfstraße 30
19073 Stralendorf



Niederschrift öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Stralendorf

(vorbehaltlich der Genehmigung, Ergänzung bzw. Korrektur in der nächsten Sitzung)

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.09.2008
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Stralendorf, Sitzungssaal - Amtscheune

Anwesend sind:

Amtsvorsteher

Herr Michael Vollmerich

Amtsausschussmitglieder

Herr Manfred Bosselmann

Herr Peter Lenz

Herr Ralph Nemitz

Herr Daniel Pracht

Frau Simone Reimann

Herr Manfred Richter

Frau Janett Rieß

Herr Stephan Rohde

Herr Robert Schneekluth

Herr Hartwig Schulz

Herr Jörg Schulz

Herr Volker Schulz

Herr Karl- Heinz Simann

Herr Maik Szymoniak

Herr Bodo Wissel

Herr Christian Wöhlke

Verwaltung

Frau Nadja Bendsen

Herr Sven Borgwardt

Herr Peter Lischtschenko

Entschuldigt fehlen:

Amtsausschussmitglieder

Frau Gisela Buller

Herr Dr. Rainer Dahlmeier

Frau Christel Deichmann

Herr Gerhard Evers

Frau Christine Maync

Herr Hans-Jürgen Porath

Herr Helmut Richter

Herr Heiko Weiß

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 2 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Tagesordnung / Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 4 Bericht des Amtsvorstehers

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**
Der Amtsvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
Die Beschlussfähigkeit wird mit 17 von 25 festgestellt.

zu 3 **Genehmigung der Tagesordnung / Änderungsanträge zur Tagesordnung**
Es liegen keine Änderungsanträge vor. Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 4 **Bericht des Amtsvorstehers**
Herr Lischtschenko:
Herr Lischtschenko erläutert die Umstände, wie es zu dieser heutigen Sondersitzung kam.

Herr Vollmerich:

-Jetzt gebe ich Ihnen das Wort und vielleicht erläutern Sie aus Ihrer Sicht und aus Sicht des Innenministeriums mal diese ganze Angelegenheit.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Sehr geehrte Damen und Herren, erstmal danke für die Einladung, dass ich heute hier bei Ihnen, zu ihnen sprechen darf, und hier auch hoffentlich so gewisse Dinge aufklären kann, dass sich in der letzten Zeit dann doch als Aufreger erwiesen haben und die aus unserer Sicht doch sehr unglücklich sind.

-Das ganze war eigentlich ein unglückliches Agieren der Medien, muss man sagen, und ich werde auch gleich dazu kommen, was daran jetzt an Substanz dahinter steckt oder eben nicht steckt

-Ursprünglich hatte ich eigentlich gedacht, dass hier der Termin so im allgemeinen ein Termin wäre zum Thema allgemeiner Verwaltungsreform, also quer so ein Rips durch den gesamten Garten des Reformprogramms.

-Und da hat sich im Grunde der Stoff der letzten paar Tage dann das so ausgestellt, dass auf Grund der Presseberichterstattung oder dieses Beitrags des NDR's das ganze also in Richtung der Frage Eingemeindung fokussiert hat.

-Und dazu zur Aufregung geführt hat, die ja wirklich völlig überzogen sind.

-Und ich hoffe daher das ich am heutigen Abend so etwas Licht in die Angelegenheit und die entstandene Situation bringen kann.

-Ihnen ist allen bekannt, dass auf Grund des Leitbildes, was der Landtag beschlossen hat zur Verwaltungsreform, das Thema Eingemeindung auch auf der Reformagenda steht, im Zusammenhang mit den ganzen sonstigen Bausteinen der Verwaltungsreform, die da sind: Funktionalreform, Kreisgebietsreform, Deregulierung und Stärkung der Zentren und noch einiges mehr.

-Und ich kann auch mal gleich vorab, Vorweg schicken, was sie am meisten interessieren und in sofern auch beruhigen wird, dass es bisher keinerlei festes Konzept für Eingemeindungen gibt.

-Wenn man Eingemeindung in einem Bundesland machen will, mit 6 kreisfreien Städten, die da primär für die Eingemeindung in Betracht kommen, dann ist es natürlich eine äußerst komplexe Angelegenheit.

-Es ist ein Prozess der sich noch über längere Zeit hinweg erstreckt, und wo man viele Analysen machen muss.

-Und ein Konzept für Eingemeindung liegt nicht innerhalb von so ein paar Wochen entwickeln kann, sondern das ist ein langer Prozess...

-Und in diesem Prozess in dem wir sozusagen mal Gedanken entwickeln, wie so was vielleicht aussehen könnte, da macht man sich so seine Überlegungen.

-Und solche Überlegungen sind dann irgendwie nach draußen gesickert, vermutlich in einem Gespräch, was der Minister mal mit Herrn Friedersdorf von der Stadt Schwerin geführt hat.

-Und Tatsache ist aber, dass es weder einen Gesetzesentwurf gibt, noch das da irgendwas jetzt in nächster Zukunft schon direkt bevorsteht.

-Außerdem wenn irgendsowas gemacht werden würde, dann müsste ja erstmal so eine passende Anhörung stattfinden.

-Also das Sie damit in nächster Zukunft da mit einem Gesetzesentwurf überfallen werde würden, das ist also definitiv nicht der Fall.

-Soweit jetzt erstmal zur Frage der aktuellen Brisanz von diesem Thema hier.

-In diesem Zettel ist also von Kriterien die Rede, die möglicher Weise für die Eingemeindung eine Rolle spielen.

-Ja das sind wirklich Kriterien an Hand derer man so etwas bestimmen kann.

-Wie gesagt, es gibt noch kein fertiges ausgegorenes Konzept, in dem also Kriterien festgelegt sind, dass die und die Gemeinde für eine Eingemeindung ansteht.

-Auf der anderen Seite ist klar, dass, wenn man sich die Stadtumlandräume anguckt, dass natürlich die Gemeinden, die an die Kernstadt direkt, unmittelbar angrenzen verständlicherweise die ersten Kandidaten sind, die da in Betracht kommen, also sicherlich wesentlich weiter oben auf der Liste stehen würden, als Gemeinden der 2. Reihe.

-Die anderen Sachen die hier auch genannt, sind auch typische Kriterien, an denen man Eingemeindung fest machen kann.

-Das sind also, das ist das Ausmaß von Pendlerbewegung in das Oberzentrum und natürlich auch die Frage des Zuwachses von Einwohnern, die typischerweise in aller Regel aus der im wesentlichen aus der Kernstadt in die Peripherie gezogen sind.

-Also wie gesagt, das Ganze ist nur ein Ausschnitt aus Überlegungen die angestellt werden, aber die nicht irgendwie bisher in einer Form ein fertiges Konzept sind.

-Soweit erstmal fürs erste.

Herr Lischtschenko:

-Es sieht so aus, wir machen uns ja auch schon sehr lange Gedanken um das Thema Eingemeindung bzw. Verwaltungsreform, haben wir auch sehr sehr Aktiv begleitet und auch Stellungnahmen dazu abgegeben, wo alle Gemeinden im

Rahmen der Sachen die von der Enquete-Kommission angefordert war.

-Und eins ist eigentlich bei uns, welches Sie auch dem Schreiben entnehmen, welches wir an den Innenminister geschickt hatten.

-Das ist das unverständlichste eigentlich, das wo wir uns immer Fragen nach dem Motto: Leistung soll sich wieder lohnen.

-Die Stadt Schwerin wirtschaftet seit der Wende eigentlich in einem grauenvollen Umfang, und da hat sich auch nach unserer Ansicht in den letzten Jahren nichts geändert.

-Wir geben uns hier Mühe, Haushaltsdisziplin zu wahren, probieren die Infrastruktur für die Bürger zu verbessern, und sind dann natürlich ein bisschen verprellt, wenn wir dann auf einmal mitkriegen, dass wir das nur machen, um die Landeshauptstadt Schwerin im nachhinein zu stärken.

-Wir haben eigentlich gedacht, wir machen das für unsere Bürger, die auch unsere Bürger bleiben, und nicht für die Landeshauptstadt Schwerin, denn es sieht ja so aus, dass ist das unverständliche eigentlich, es gibt ja mehrere Mittel die vorgesehen sind.

-Bei FAG-Änderungen usw. ist ja auch von den Gutachtern gesagt worden, dass Eingemeindung eigentlich nicht das zu bevorzugende Mittel wären, sondern mehr Stadtumlandverträge oder so.

-Und wir staunen immer, die Landeshauptstadt meint, sich alles leisten zu können.

-Die Umlandgemeinden, sollen jetzt im nachhinein durch Eingemeindungen finanzieren.

-Und das ist nun eine Sache, die verstehen wir nun wirklich nicht.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Ich glaube man muss sich von der Vorstellung trennen, dass man die Kernstadt durch ein paar Eingemeindungen saniert bekommt.

-Das ist mit Sicherheit kein Ansatz der greifen würde und andererseits ist es auch sicherlich so, dass dieser Ansatz vom Landesrechnungshof vorgestellt worden ist, der ist Ihnen sicher auch bekannt, ich glaube die Eingemeindungen, waren da 90 Gemeinden oder 60 Gemeinden insgesamt.

-Das dass so ein Ansatz ist, der einen ziemlich großen Wurf darstellt, wo sicherlich auch die Frage ist, ob das politisch machbar ist.

-Das würde auch wahrscheinlich nicht unter diesem Begriff maßvolle Eingemeindung fallen, so wie das da in dem Leitbild des Landtages beschlossen ist.

-Das heißt also, maßvolle Eingemeindung ist sicherlich eher ein kleiner Rahmen.

-Und mit solchen Eingemeindungen wird man auch nicht die gesamten Probleme der Kernstädte lösen.

-Das sind Sachen die wir durch andere Stellschrauben irgendwie beeinflusst werden können, wie z.B. Änderungen von Finanzierungsregelung im FAG.

Herr Lischtschenko:

-Das ist eigentlich eine Frage für uns: warum fasst man dieses Brisante Thema an, wenn eine kleinere Eingemeindung letztendlich der Stadt nicht hilft, eine größere politisch auch gar nicht machbar ist?

-Dann sollte man sich doch lieber auf die anderen Sachen konzentrieren, die wirklich zu irgendwas führen sollen.

-Dann wäre auch Ruhe und dann könnten auch alle in Ruhe weiter arbeiten.

-Denn das führt ja zu enormen Verunsicherungen und ich meine wo anders wird das sicherlich auch erstmal zu Aufschreien geführt haben, intern in den Gemeindevertretungen oder Amtsausschüssen.

-Und die die nicht genannt worden sind, Stralsund herum oder Greifswald herum, die Gemeinden die werden sich jetzt auch ihren Teil denken.

-Denke ich mal.

Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Ja, das ist doch, denke ich mal, dürfte auf der Hand liegen, dass wenn das Thema Eingemeindung politisch weiter voran getrieben wird.
- Was ich bisher nicht sagen kann, in welcher Form das passieren wird, kann ich beim besten Willen nicht sagen.
- Nicht weil ich es nicht sagen will oder so.
- Weil ich es nicht weiß und nicht sagen kann.
- Das dass dann eben aufs ganze Land bezogen und gemacht werden müsste, und auch sicherlich gemacht werden würde, und nicht nur auf Schwerin beschränkt, das ist völlig klar.
- Also da würden die anderen Städte genauso mit ins Feld gezogen werden.
- Und genauso klar ist auch, dass so eine Eingemeindungsaktion nur mit einem in sich stimmigen schlüssigen gesamt Konzept auf sich verfolgt werden kann, denn die Landesregierung ist sich im klaren, dass das von den Gemeinden nicht einfach so klagelos hingenommen werden wird.
- Also und, und, und
- Uns ist auch klar, dass Eingemeindungen rechtlich eine deutlich Hürde sind, als eine Einkreisung.
- Also eine Kommune, die ihre Selbstständigkeit verliert, wird natürlich wesentlich stärker in ihr kommunalen Selbstverwaltung beeinträchtigt und betroffen, als eine kreisfreie Stadt, die eben genauso weiter als selbstständige Stadt voll existiert.
- Die halt nur ihre Aufgaben verliert.
- Mehr nicht, nur staatliche Aufgaben.

Herr Vollmerich:

- Wir wollen noch weiterhin diskutieren.
- Herr Dr. Pracht.

Herr Dr. Pacht:

- Erstmal gibt es noch 2-3 Punkte _____
- Der 1. Punkt ist der Zeitpunkt.
- Also üblicherweise ist es ja so, dass der Termin vor Kommunalwahlen für Gebietsveränderungen eingehalten wird.
- _____
- Wir wissen ja jetzt alle, dass im Juli zeitgleich mit der Kommunalwahl, dass hat das Innenministerium festgelegt, dass diese Kommunalwahl am 07. Juli 2009 sein wird.
- Vor diesem Hintergrund würde mich ihre Einschätzung interessieren, ob sie meine Auffassung zu teilen, dass also eine gewisse Wahrscheinlichkeit herrscht, dass man solche Schritte, wie Eingemeindung oder neue Gebietskörperschaften zusammen zeitgleich geschehen werden.
- Was mich noch interessieren würde, wäre die Art und Weise, wie man so eine Eingemeindung vornehmen würde.
- Ob ein förmliche sein müsste, welche sie auch angedeutet haben, oder ob, wie bei diesen NDR-Bericht zu werten ist.
- Evtl. können örtlich begrenzte Einzelregelungen von der Stadt Schwerin _____
- Und 2.man könnte denken, dass auch andere Maßnahmen ihnen scheinbar, vorstellbar wären, neben einem förmlichen Gesetz.
- Es würde mich mal interessieren, ob die Zeitschiene hier anders zu beurteilen ist, wie bei einem förmlichen Gesetz.
- Und als Kenner der Materie würde mich auch mal interessieren, Stichwort Zeitschiene mit einen Referentenentwurf, was, wann da wäre und wie ihre Einschätzung ist.
- Sie können sich vorstellen, dass die Aufstellung von Kandidaten für die nächste

Gemeindevertretung Anfang Juli für die nächsten Kommunalwahlen und wir haben jetzt mitte September, dass das in der Tat schwierig ist.

-Das wären mal so Punkte, wo ich sie bitten würde ihre Ansichten wieder zu geben.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Ich glaube ich muss mich nicht auf meine prophetischen Fähigkeiten berufen, um zu sagen, was da vor der Kommunalwahl nächstes Jahr im Juni mit Sicherheit nichts passieren wird, das wir da Fakten schaffen, dass kann ich sicherlich ausschließen.

Herr Dr. Pracht:

-Es macht aber auch wenig Sinn, der Kommunalvertretung für ein halbes Jahr zu wählen. _____

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Die Zeitliche Planung für die Kreisgebietsreform, die ist ja so vorgesehen, dass da im Sommer oder im Herbst 2011 Kreistagswahlen stattfinden sollen, und dann eben auch die neuen Gebietsstrukturen festgelegt werden.

-Also praktisch Kreistagswahlen und die neuen Gebietsstrukturen.

-Sommer 2011, ist so die zeitliche Vorstellung.

-Und dann läge es im Grunde nahe, dass man das zeitlich synonymisiert.

-Es läge nahe.

-Ich kann nicht mehr sagen, denn es gibt noch keine...

-Die Frage zu den Einzelmaßnahmen, Einzelmaßnahmen sind natürlich immer möglich auf freiwilliger Basis.

-So kann man das sagen.

-Ich halte aber nicht dieses für wahrscheinlich, dass sich da im großen Umfang eine Schar von Freiwilligen auf tun wird.

-Wenn ich so an die Anhörung im Landtag von der Enquete-Kommission so zurückdenke, von den ich vielleicht 3 oder 4 mitgehört habe, dann ist ja doch die Bereitschaft sich eingemeinden zulassen, bei den Stadtrandgemeinden äußerst schwach ausgeprägt.

-In so fern ist das zwar eine rechtliche Möglichkeit dieser Weg der freiwilligen Eingemeindung, aber ich kann jetzt, heute nicht irgendwie sehen, dass da im großen Stil, Bereitschaft besteht.

-Es mag hier und da und es Kandidaten geben, die Interesse daran haben, aber ich hab da nicht irgendwie Überblick, wer da wirklich in Frage kommt.

-Also jetzt aufs ganze Land bezogen.

-Ich weiß bei Schwerin auch nicht.

Herr Dr. Pracht:

-Habe ich sie jetzt richtig verstanden?

-Zwangseingemeindung ist ihrer Meinung nach nur und ausschließlich auf Grund eines förmlichen Gesetzes möglich.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Das wird man defakto so sehen müssen.

-Also ich glaub, dass die Kommunalverfassung da auch bestimmte Möglichkeiten vorsieht.

-Einzelne Administrative Sachen zu machen, aber das sind Einzelfälle.

-Das ist nicht irgendwie vorgesehen, dass man da irgendwelche, im Einzelfall irgendwelche Zwangseingemeindungen vornimmt.

-Das halte ich für nicht realistisch.

-Ehrlich gesagt.

Herr Dr. Pracht:

- Sie müssen verstehen, dass wir natürlich hier schon ein gesteigertes Interesse haben.
- Wie gesagt, die Stadtumlandbeziehung _____ die Sache so, die Stärkung der Landeshauptstadt, können wahrscheinlich auch Einzelteile darstellen, wie es sich im Hinblick auf die Landeshauptstadt im Lande auswirkt.
- Will ich jetzt mal humorvoll formulieren.
- Deswegen habe ich nochmal nachgefragt.
- Habe ich sie richtig verstanden zu mindest ist es de Jurre auch möglich, solche Zwangseingemeindungen im Einzelfall auch ohne ein förmliches Gesetz vorzunehmen.
- Oder habe ich sie da nicht richtig verstanden.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Also ich glaube mich zu entsinnen, dass in der Kommunalverfassung ein Paragraph ist, der administrative Eingemeindung in Einzelfällen, wenss um eine Gemeinde geht.
- §11 Abs.2 Kommunalverfassung
- Lesen sie doch mal vor.

Herr Lischtschenko verlißt den §11 Abs. 2 KV + Kommentar

Herr Lischtschenko:

- Ich interpretiere das eigentlich so, dass wenn jetzt Einzeleingemeindungen stattfinden würden, die im Rahmen dieser Gebietsreform, die Landesweit geplant ist, dass es dann unzulässig wäre, nach diesem §11 Abs. 2 KV MV...

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Das sehen wir genauso.

Herr Lischtschenko:

- Das war sicher der Fall den sie meinten.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Ja genau.
- Also diese Regelung ist eben auf Einzelfälle zugeschnitten, und wenn man so was machen würde, jetzt irgendwie bei einer Stadtrandgemeinde von Schwerin einzugemeinden, dann würde man eine einzige nehmen.
- Ich denke nicht, dass das dann dem Konzept von moderaten Eingemeindungen, insgesamt, entsprechen würde.
- Also von daher eigentlich eine klare Aussage, dass der Fall den sie jetzt ansprechen, jetzt so damit nicht erfasst ist.

Herr Dr. Pracht:

- Können sie nochmal sagen, wie die Zeitschiene bei einem förmlichen Gesetz ist.
- Kann man da halbes Jahr oder Jahr damit rechnen?
- Wissen sie wie das in Niedersachsen gelaufen ist?
- Wie lange man da für solche Zwangseingemeindungen benötigt hat? (Vom Referentenentwurf bis zur 2. Lesung im Landtag, sodass man sich auf diese Anhörungsphase einstellt)
- Sie haben ja zu recht darauf hingewiesen, dass auch Anhörungen zwingend erforderlich sind, bei Zwangseingemeindungen.
- Aber es interessiert uns natürlich auch für die, die das alles so ehrenamtlich machen, was für Zeiträume für man hat.
- Wir erleben ja öfters mal, wie bei der Kreisgebietsreform, dass kurz vor der

Sommerpause, so eine Stellungnahme erwartet wird.

-Deswegen würde uns auch mal interessieren.

-Es geht das Zeitliche, dass können sie natürlich nicht auf die Woche oder Tag oder Monat genau sagen.

-Aber so vielleicht Erfahrungsvergleiche wie es in anderen Bundesländern war.

-Sie sprechen ja auch über Überlegungen.

-Gibt es auch Modelle die angestellt werden, was so als Ablauf eines förmlichen Gesetzes anzusehen ist.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Ja, das ist schwer zu sagen.

-Also was ich sagen kann, ist dass die Zeitplanung für das Kreisgebietsreformgesetz so ist, dass wir das anstreben im nächsten Sommer, ende Juni, in den Landtag reinzubringen.

-Das ist so der offizielle Zeitplan.

-Das wird man, wenn es dazu kommt, dass es ein Eingemeindungsgesetz gibt, mit Sicherheit nicht zum gleichen Zeitpunkt zu machen sein.

-Das heißt von jetzt an ein dreiviertel Jahr.

-Hielt ich nicht für realistisch, dass es in diesem Zeitraum zu machen ist.

-Also müsste man noch mal, noch einiges an Zeit zugeben.

-Es läuft ganz normal, wie in jedem Gesetzgebungsverfahren, dass es eine Anhörung gibt.

-Von der Regierung nach der ersten Kabinettsverfassung und dann die zweite Anhörung, gibt im Rahmen des Landtagsverfahrens.

-Und die förmliche Anhörung der Regierung, also auf Grundlage der Ausgabe des Gesetzesentwurfes, die würde mit Sicherheit einen Zeitraum von bestimmt einem viertel Jahr umfassen.

-Würde ich mal so einschätzen.

-Also ich kann mich nicht entsinnen, in dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz der letzten Wahlperiode.

-Da war die Anhörungsdauer, glaub ich 15 Wochen gewesen.

-Und man kann jetzt nicht die Zeiträume aus dem abgelaufenen Sommer hernehmen, weil es ja keine förmlichen Anhörungsverfahren waren.

-Es waren ja praktisch Umfragen.

-Also eine Umfrage zum Leitbild, welches ausgegeben worden ist.

-Und eine Umfrage zu 2 Kreismodellen, die also nach den Kriterien, Überlegungen des Innenministeriums, sozusagen 2 denkbare favorisierte Modelle sind.

-Wie gesagt, es waren keine förmlichen Anhörungen.

-Die förmlichen Anhörungen zum Kreisgebietsreformgesetz kommt noch.

-Die kommt, wenn das Kabinett das erste Mal darüber befunden hat, und es zur Anhörung freigegeben hat.

-Das wird dann auch ein Zeitraum sein, der sich voraussichtlich auch über 12 Wochen oder ungefähr der Größenordnung erstrecken würde.

Herr Vollmerich:

-Man hat manchmal den Eindruck, man will uns erschlagen mit Anhörungen.

-Zu der alten Kreisgebietsreform...

-Da waren ja so viele Anhörungen von der Enquete-Kommission und so weiter, dass ist wirklich so.

-Das ist nicht nur meine Meinung, dass ist wirklich auch oft so gefallen.

-Die schicken uns soviel Anhörungsbogen, dass die Leute, die das ehrenamtlich machen, sagen, wir sagen jetzt gar nichts mehr dazu.

-Als wenn das fast der Zweck ist, der ganzen Sache.

-Meine Frage wäre auch noch mal, wenn ich es nochmal anschließen darf.

-Sachsen hat ja grundsätzlich andere Strukturen gehabt.

- Unsere Ämterstruktur gibt es ja erst für eine Verwaltungsstruktur noch nicht so lange für eine Verwaltungsreform.
- Seit 1992.
- Spielt das denn gar keine Rolle.
- Denn nehmen wir an, es würde zur Eingemeindung kommen, zu Schwerin, und sagen wir z.B. es werden 2 Gemeinden aus unserem Amt, dann wär das ganze Amt in Frage gestellt.
- Denn es wird ja angestrebt, auch die Ämter von der Einwohnerzahl eher größer zu halten, als 6.000.
- Dann ist ja das ganze Amt eigentlich hin.
- Sage ich jetzt mal etwas zugespitzt.
- Und das ist für uns natürlich auch ein Knackpunkt.
- Wir werden mit allen Mittel, das so wie so, wir haben ja nichts zu verlieren, mit allen Mitteln dagegen vorgehen.
- Aber das ist für mich eine Frage.
- Spielt das keine Rolle, das diese Strukturen auch relativ neu sind?
- Und wie gesagt, ich kenn das aus Sachsen, weil ich beruflich in Sachsen, Sachsenanhalt unterwegs bin.
- Und ich weiß wie die sich gewehrt haben.
- Da lag aber einiges etwas anders als bei uns.
- Wir haben uns ja mehr an Schleswig Holstein nach der Wende angelehnt mit unseren Ämtern.
- Spielt das eine Rolle oder ist das vollkommen egal?
- Das wäre mal meine Frage.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Ja, also ich hole mal ein bisschen aus.
- Eingemeindungen können nur aus Gründen des öffentlichen Wohls erfolgen.
- Das öffentliche Wohl, ist nicht nur das der Kernstadt, sondern auch das der betroffenen Körperschaften, und auch der mit denen so zu sagen mittelbar verknüpften Körperschaften.
- Also der Gemeinden, die für eine Eingemeindung anstehen.
- Und das heißt, dass man im Wege der Abwägung, dann einen Interessenausgleich schaffen muss, zwischen den Interessen der so zu sagen des Gebildes am Rande der Stadt, was also eine Gemeinde verliert, und den Interessen der Kernstadt.
- Da muss man halt einen vernünftigen gerechten Ausgleich schaffen.

Herr Vollmerich:

- Die z.B. Fläche.
- Wir erinnern uns noch an die ganze Diskussion, als wir ein neuer Kreis wurden.
- Das Argument, was ein sehr starkes Argument ist, z.B. in den alten Bundesländern, das ist Fläche: hat ja Schwerin genug.
- Und das ja so, wie ich, wenn ich es richtig weiß, eines der überhaupt stärksten Argumente zur Eingemeindung z.B.
- Das zieht ja z.B. für Schwerin z.B. schon mal nicht, denn Schwerin ist ja groß genug.
- Ja, wir wollen ihnen das nur mit auf den Weg geben, nicht das nochmal vor Gericht verloren wird.
- Das wollen wir uns alle ersparen.
- Aber das sehen sie auch so, dass das Argument für Schwerin eigentlich nicht zieht?
- Uns interessiert vor allen Dingen Schwerin.
- Das muss man ja auch mal verstehen.
- Wir sind hier, das Amt...

- Greifswald und so ist auch interessant und sicherlich kann man das auch nicht los gelöst lassen.
- Wenn denn muss man sicherlich im ganzen Land machen und sonst gibts ja wieder die Sonderregelung.
- Das reizt ja auch sicherlich zum klagen.
- Nur hier wird was gemacht.
- Denn gibts ja auch eine Gestellung.
- Das wird uns natürlich interessieren.
- Sehen sie das Argument auch nicht bei Schwerin, dass sie zu wenig Fläche zu Verfügung haben.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Da muss ich ganz ehrlich sagen, dass ich zu dem Flächenargument von Schwerin, jetzt nicht die Informationen habe, wie es sich verhält auch im Verhältnis zu anderen Kernstädten.
- Was man da wirklich zu sagen kann: da und da ist ein erheblicher Flächenbedarf der unbedingt durch Eingemeindung befriedigt werden kann.
- Aber dieses Argument des Flächenbedarf ist eins von vielen möglichen Parametern, die man da bei der Bewertung der gesamten Situation mit einfließen lassen kann.
- Das ist also nicht typischer Weise nicht das einzige Argument, woran man das fest macht.

Herr Vollmerich:

- Nach der BUGA wird Schwerin noch mehr Schulden haben.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Ein Hinweis so zum weiteren Vertiefen der Problematik.
- Ganz Hilfreich finde ich da mal die Urteile vom Landesverfassungsgericht Brandenburg, wo es ja Eingemeindungen gegeben hat.
- Mitte der 90iger Jahre.
- Und zwar zu den Städten Cottbus, Potsdam und der Stadt Brandenburg fanden keine umfangreichen Eingemeindungsverhandlungen statt, sondern jeweils 2-3 Gemeinden zu jeder Stadt.
- Und die ist natürlich auch beklagt worden, gerichtlich.
- Und sind aber sämtliche vom Gericht zurückgewiesen worden, die Klagen.
- Und das ist eigentlich so ganz anschaulich und stringent nicht auch irgendwie zu weit schweifig da argumentiert worden vom Gericht, was also da die Kriterien sind, und in welcher Weise die in diesen Fällen dann auch erfüllt sind.
- Das ist eigentlich so das.
- Eine ganz interessante Lektüre, für diese gesamte Problematik die Brandenburger haben.
- Das nicht zu kompliziert gemacht mit der Eingemeindung.
- Die haben das an relativ wenig Kriterien fest gemacht.
- Und also auch nicht mit wahrsinnig differenzierten Zahlen-Erhebungen gearbeitet, sondern so weit ich weiß, relativ, aber das finden Sie über die Homepage des Landesverfassungsgerichtes sofort.

Herr Vollmerich:

- Herr Schulz Junior

Herr Jörg Schulz:

- Ja Brandenburg hat es sich ein bisschen einfacher gemacht.
- Aber es sind nicht 2-3 Gemeinden gewesen, die da eingemeindet wurden.
- Es wurden ganze Ämter eingemeindet.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Das würde ich nicht so sehn.

Herr Jörg Schulz:

-Ich hab da viel beruflich zu tun und ich hatte da ein Projekt zu leiten.

-Ich hab es miterlebt wie das ganze Amt aufgelöst wurde, wo eingegliedert wurde, die Samtgemeinden nach Potsdam, und ich habe gesehen wie das ganze Amt aufgelöst wurde.

-Wenn man sich das in Mecklenburg Vorpommern einfacher machen will, ich hoffe es nicht wenn werden wir dagegen vorgehen.

-Das haben andere auch gemacht _____

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Der Grund, der Unterschied in Brandenburg ist der gewesen, dass das ganze innerhalb einer Strukturänderung für das gesamte Land von der Gemeindlichen- und Ämterebene stattfand.

-Da wurden im großen Stil die unterkreislichen Gemeindestrukturen neu geordnet.

-Und hinzu dieser Neuordnung sind eben auch einige Eingemeindungen in größere Städten vorgenommen worden.

-Das war halt ein Teil eines gesamten Konzepts auf der unterkreislichen Ebene.

-Das ist in sofern, wäre das ein Unterschied zu unser jetzigen Konstellation.

-Aber ich bin mir relativ Sicher, dass bei diesen 3 Städten, Cotbus, Potsdam, Brandenburg eigentlich jeweils nur um 2 oder 3 Gemeinden ging.

-Also ganze Ämter, das ist mir nicht bekannt.

Herr Vollmerich:

-Peter Lenz wollte.

Herr Lenz:

-Eine Frage, wenn ich Herrn Lischtschenko richtig verstanden habe, ist in der Kommunalverfassung drin: Gebietsänderung gibt es nur, wenn die Mehrheit der Gemeindevertreter zustimmt.

-Habe ich das richtig verstanden.

Herr Lischtschenko:

-Ne, in diesem Fall, bei freiwilligen Eingemeindungen, muss die Mehrheit zustimmen, sonst per Gesetz.

Herr Lenz:

-In Prinzip ist es ja so, dass das hier irgendwie eine Ente ist.

-Was wird denn dagegen jetzt gemacht?

-Gibs dafür eine Presseerklärung?

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Wenn wir wirklich alle unzutreffenden Dinge , die in der Presse ständig auftauchen, immer mit dem Versuch von Gegendarstellungen konterkarieren wollten, dann hätten wir wenig Zeit für andere Dinge.

-Ich bin da jetzt nicht irgendwie extra informiert, aber ich nicht davon aus, dass hier mal irgendwie da groß was passiert.

Herr Vollmerich:

-Herr Schulz Senior und dann Herr Wöhlke.

Herr Hartwig Schulz:

- Ich bin der Bürgermeister von Pampow, der hier betroffen ist.
- Ich bin sehr gerührt davon, dass solche Dinge hier im Vorfeld überhaupt hier Preis gegeben werden.
- Oder ob das nur son Versuchsballon ist.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Nein, definitiv nicht.

Herr Hartwig Schulz:

- Ich hab schon.
- Ich bin Bürgermeister seit 1991.
- Ich hab bereits eine Kreisgebietsreform mit erlebt und ich muss sagen, man hat uns damals nicht die Wahrheit gesagt und ich hab leider den Verdacht, dass heute auch nicht die volle Wahrheit gesagt wird.
- Und das macht mich sehr betroffen.
- Und wenn eine Stadt, in diesem Fall die Landeshauptstadt Schwerin, mit ihren Finanzen nicht klar kommt, und seit mehreren Jahren, und dann ruft :Eingemeindung im größeren Stil, wie auch immer, dann sollte sich, müsste das Innenministerium hier ne klare Linie fahren.
- Denn wir als Gemeinden müssen ja auch sehen wie wir mit unserem Geld klar kommen.
- Und mich fragen viele Bürger, dass muss ich ihnen ganz offen und ehrlich sagen: was können wir dagegen tun, eine Eingemeindung nach Schwerin wollen wir in keinem Fall, müssen wir uns nun aufstellen beim Innenministerium mit Transparenten und mit allem drum und dran, oder welche Aktionen müssen wir machen, oder müssen wir zu Harald noch hin ziehen und dem sagen, dass er so gut nun auch wieder nicht war, wie er immer in der Presse dargestellt wurde, in jedem Fall, wir werden das nicht hinnehmen.
- Und ich bitte, das auch wieder in Ordnung, kann man so was nicht bringen.
- Denn wenn es in der Zeitung steht, hinten so eine kleine Notiz, dass das nicht der Wahrheit entsprechen sollte, aber wie gesagt, ich persönlich sage mal, dass ist hier eine Sache die die Bürger schon betrifft, und das ist auch so, weil die nächsten Wahlen, werden wahrscheinlich weniger hingehen, weil sie glauben, mit solchen Dingen ist die Politik unglaubwürdig.
- Ich sag es mal so.
- Und wir kriegen für die nächste Legislaturperiode, wenn wir nicht schon ran gefegt werden an Schwerin oder Zwangseingemeindet werden, wir kriegen kaum noch Leute die sich für ein Ehrenamt bereit erklären.
- Denn wer soll das machen.
- Bitte nehmen sie das ihrem Minister mit und sagen sie ihm das ganz eindeutig.
- Ich finde das unerhört und unerträglich, was hier so los getreten wird.
- Ich hab keine Worte dafür.
- Und mich fragen die Bürger: was möchte die Landesregierung, ja ich sag das ist nicht so, wir haben es doch im Fernsehen, hast du das nicht gesehen, und das ist so, wir werden eingemeindet und, und, und...
- Ich möchte, dass zumindest ein Dementi erfolgt, wenn das schon, aus welcher undichten Stelle auch immer da im Ministerium, dass muss ja irgendwo entstanden sein.
- Das können die sich doch nicht ausgedacht haben.
- Da müssen sie die Verantwortlichen zur Verantwortung ziehen.
- Ich muss sagen, dass diese Dinge, ich sehe das auch so, dass haben mir viele Bürger gesagt, dass das ein Zusammenhang besteht mit der Wahl in Schwerin.
- Die neuen Bürgermeister, oder die das werden wollen und Wunschzettel zum Innenministerium gereicht, und ihre Wünsche so dargelegt.
- Also ich hab das zwar dementiert, aber mir glaubt in dem Fall keiner.

- Und sagen sie das bitte ihrem Minister.
- Also ich möchte auf jeden Fall ein persönliches Gespräch mit dem Minister hierauf führen.
- Ich bitte wirklich darum.
- Also ich bin sehr betroffen.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Also ich werde es sehr gerne weiter tragen, ihre Klageführung an den Minister.
- Wobei ich natürlich ganz klar dazu sagen muss, über wen man sich beklagen muss, ist eher hier die Arbeit der Medien.
- Die einfach mal so irgendwie, irgendwelche aufgeschnappten Informationen hin, dann Berichte machen.
- Und das denn so zu sagen als irgendwelche amtlichen ausgegorenen Dinge, da verkauft.
- Also das ist eigentlich in meinen Augen, das woran man sich eher von Anstoß nehmen muss.
- Auf der anderen Seite, ist es eben so, dass der Prozess der jetzt da läuft, wird mit einer größeren Offenheit gehandhabt, als es in der letzten Wahlperiode der Fall war.
- Das ist ja auch eine Forderung, die immer wieder aufgemacht worden ist.
- Und dann ist natürlich auch der weitere Effekt.
- Also was sie auch gerade ansprachen.
- Ja das auch hiermit die Ehrenamtler hier mit 1000 Anhörungen überzogen werden und dann gar nicht mehr Herr werden.
- Das ist natürlich auch wieder die Schattenseite.
- Auch dass dann irgendwie Informationen so aufgeschnappt werden, die eben Sachen betreffen, die überhaupt noch nicht irgendwie ausgegoren sind, die dann irgendwie so aufgeschnappt werden, als so zu sagen als amtliche feste Entscheidungen ausverkauft werden.
- Das sind natürlich auch Effekte, von einem eher offeneren Verfahren.

Herr Vollmerich:

- Herr Wöhlke wollte noch.

Herr Hartwig Schulz:

- Es geht hier nicht um meine Person.
- Es geht darum, es hängen hier Strukturen in der Luft, Schulen, es hängt hier Sportverein, Kita und so weiter und so fort.
- Die ganzen gesellschaftlichen Strukturen, die da sind.
- Auch Jahre lange aufgebaut worden sind.
- Und die werden mit einmal in einem Schlag als...
- Ich verstehe es nicht.
- Da fragen mich die Vorsitzenden der Vereine und so, was ist denn nun los, hast du denn was unterschrieben, oder was ist denn nun los.
- Das muss man sagen, da hängen Arbeitsplätze dran.
- Was soll das.
- Meine Güte, da sollte man sich im Ministerium bisschen mehr Mühe geben, solche Dinge nicht so lari fari ...

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Also wie gesagt, wir haben nichts raus gegeben, definitiv.

Herr Vollmerich:

- Vielleicht darf ich nochmal ergänzen, Herr Schulz.
- Diese Strukturen wurden ja auch mühselig aufgebaut.

- Erstmal, es ist ja noch die andere Kreisgebietsreform.
- Wir waren ja auch mal Kreis Schwerin Land, die haben wir ja auch nur Zähneknirschen gemacht, und jetzt ist das zusammen gewachsen hier.
- Es wird angenommen, wird sicherlich ein Gesichtspunkt sein.
- Nachher wenn man sich nicht im gütlichen einigt.
- Jetzt wird das, was mühselig aufgebaut wurde, hier alles wieder zerschlagen.
- Und wie gesagt, Schule usw. ist große Unsicherheit.
- Die Eltern wissen nicht, wo sie ihre Kinder hinbringen sollen.
- Das sind alles Sachen.
- Kann ich Herrn Schulz voll beipflichten, dass muss man wirklich sich gut überlegen.
- Und hier wohnen ja auch Menschen, genauso wie in Schwerin.
- Das haben sie vorhin auch selbst gesagt, dass muss man einfach abwägen.
- Wir haben ja genauso rechte, wie die Schweriner auch.
- Herr Wöhlke und denn Manfred Bosselmann

Herr Wöhlke:

- Erstmal möchte ich mich entschuldigen, dass ich zu spät gekommen bin.
- Das war doch sehr kurzfristig heute.
- Bei einer solchen Diskussion muss man sich noch langfristiger vorbereiten _____
- Und wenn man denn Mittags angerufen wird, ist es schon manchmal problematisch.
- Die 2. Sache ist, dass sie alle wissen, dass an jeder Ente durchaus auch immer ein Stückchen Wahrheit ist.
- Und jeder weiß, dass ob das.
- Und ob nun _____ schon war oder wer auch immer, interessiert mich persönlich, obwohl ich den Bericht nicht gesehen habe herzlich wenig.
- Nur wenn ihr Chef der Minister Herr Caffier an der Stelle, an einer sachlichen Diskussion interessiert ist, davon gehe ich mal aus, dann sollte man an der Stelle auch sachlich einen Zweizeiler einsetzen und sachlich reagieren.
- Und sagen , bitte schön, was ihr dort gehört habt, liebe Bürger egal aus Schwerin oder die Betroffenen.
- Der wird an der Stelle ein bisschen ruhig gestellt, ich kann mir schon vorstellen, dass bei den betroffenen Gemeinden die Wellen hoch schlagen.

Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Also, ich werd ihren Wunsch gerne weiter tragen, an die Hausleitung, dass hier von mehreren Personen der Wunsch geäußert worden ist, dass also ein Bedarf gesehen wird, diese Meldung da, aus dem NDR oder ich glaub es war auch in der Zeitung, dass nochmal richtig zu stellen.
- Ich kann ihnen sagen, es gibt oft Vorfälle, wo man dann eben aus eigener Anschauung den Sachverhalt kennt, und dann irgendwas in der Presse liest, und dann die Hände über dem Kopf zusammen schlägt, und sagt, was haben die denn schon wieder geschrieben, was für ein Katastrophal dummes Zeug.

Herr Wöhlke:

- Auf der anderen Seite, sag ich mal, da es hier den Umkreis betrifft _____
- 2. Seite sprachen vorhin an, die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Brandenburg.
- Es mag ja alles sein, man kann an der Stelle durchaus darüber orakeln, dass das Landesverfassungsgericht Brandenburg nicht die gleiche ist, wie in Mecklenburg Vorpommern.
- Wir haben ja auch eine ganze Weile gebraucht, bis wir das Landesverfassungsgericht eingerichtet haben, und haben an der Stelle auch keine Erfahrungen.

- Ob denn nun, dass was für Brandenburg galt, hier auch gelten muss, da mach ich ein großes Fragezeichen.
- Und sage schlicht und ergreifend vor Gericht oder auf hoher See, ist es noch interessant.
- Aber nicht nur Gemeinden, sondern auch an der Stelle das Ministerium, oder wer auch immer ist, dann unter anderem sein wird.
- Die 3. Sache, die mich bewegt an der Stelle, ist das von den 2 Wagen die Justiziar hat, _____
- Wenn man hier sachlich diskutiert und das öffentlich Wohl aufsetzt, dann ist das was die Stadt Schwerin betrifft, dass was ich dazu höre und bisher gehört hab, an Argumenten, eine Aktion, dafür eine Eingemeindung vorzunehmen.
- Eigentlich immer ein wirtschaftliches Argument gewesen, was da halbherzig ist.
- Halbherzig deshalb, weil die gemeindlichen Aufgaben die ja auch erfüllt werden müssen.
- Egal ob denn nun Wittenförden oder Pampow zu Schwerin gehören oder nicht, auch Geld kosten.
- Glaubt man im allen Ernstes, dass diese Aufgaben, die dann übernommen werden, einfacher, billiger, kostengünstiger und mit den Gesprächen dann auch besser und zum Wohl, zum allgemein Wohl, zu erfüllen sind.
- Ich hab noch nicht ein einziges Argument bisher dazu eigentlich gehört.
- Die 2. Frage, was ist mit den betroffenen Gemeinden an sich.
- Wie ist das denn da mit dem allgemeinen öffentlichen Wohl.
- Auch das ist eine Frage.
- Wenn denn an der Stelle gerade die Dinge, die auch positiv da sind, durch eine Eingemeindung _____ wird das ja möglicherweise auch eine zusätzliche Fluktuation, ein zusätzlicher Abbau, auch möglicherweise gewisser Standort und auch gewisse Bevölkerungsschichten durch aus nach sich ziehen können.
- Auch wenn sie _____, ist ja auch ein Grund, dass will ich alles nicht ausreden, aber es ist auch ein Grund.
- Sicher will ich auch sagen, einige Gründe gehabt.
- Und ich werde auch im gewissen Nahverkehrsbereich, aber dass sind Kompromisse die man eingehen muss.
- Die 3. Frage ist für mich, was ist mit dem Rest.
- _____
- Ich sage mal, wenn man wirklich aus Sicht des Ministeriums Überlegungen dahin gehend hat, und der Landtag in der 1. Lesung dort eine Überlegung durchaus erwirbt, dass könnte evtl. etwas sein, was viel macht.
- Dann denke ich, müssen auch diese sachlichen Argumente und diese Dinge legt man auf den Tisch
- Ich bitte auch, dass offen zu bedenken, und als eine Überlegung mit zunehmen.
- Wenn man offen miteinander umgehen will _____, wenn der NDR als Medium dieser Region, was nicht unbedingt der Bildzeitung gleich steht sachlich berichtet.
- Es ist ein öffentlich rechtliches Instrument, der dann möchte, ich schon meinen, dass man dann auch wenn man das wirklich will, dass nämlich die Offenheit dazu haben.
- Es gehört dazu das alles auf den Tisch gelegt wird, und dann kann man Diskutieren.
- Aber so richtig war bisher das Verständnis was Herr Klausen, erklärt hat und nicht erklärt hat, oder Herr Friedersdorf sich überlegt hat.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Ja, aber das ist eben auch nicht ganz klar daran, darum, weil wir ja noch nicht mal in der Phase sind, wo wir eine detaillierte und dann eben auch sachlich unterlegte Diskussionen führen kann.
- Das ist wirklich eine Sache, wenn es denn dazu kommen sollte, ist das zu einem

späteren Zeitpunkt, wenn eben noch weitere Analysen stattgefunden haben.
-Und man eben auch die ganzen Argumente zusammen hat, die da einzustellen sind usw.

Herr Wöhlke:

-Ich, wenn ich sie mal kurz unterbrechen darf.
-Ich will nur den Finger auf der Stelle auf die Wunde legen und fragen, wenn man was will und _____
-Für mich ist nach einer solchen Veröffentlichung schon ein Stückchen Wahrheit an der Ente, sonst würde es ja auch nicht jemand geäußert haben.
-Und das der NDR los läuft und sich was ausdenkt, kann ich mir nicht vorstellen.
-Mir geht es nur darum, dass man auch ein bisschen im Rahmen der Anhörung auch sachlich und konkret die Sache nachvollziehbar machen kann.
-Damit Dinge miteinander verglichen werden können und hier an der Stelle auch unser Gegenargument oder wie auch immer, unser für und wider damit abgeben können.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Nochmal ein Satz zu den Gerichtsverfahren.
-Ich hab jetzt diese Entscheidung von Brandenburg einfach mal so benannt, weil die gut geschrieben ist und einfach quer gut durchlesen kann, verständlich, nicht irgendwie Uferlos lang.
-Und da kriegt man eigentlich einen ganz guten Einblick.
-Im Grunde ist die Rechtsprechung dazu in den Verfassungsgerichten in den Länderverfassungsgerichten Deutschlands dazu einigermaßen Einheitlich.
-Die sind alle so nach einem ähnlichen Muster angestrickt.
-Sicherlich ist die Verfassung Brandenburgs, nicht die gleiche wie unsere, aber trotzdem, wären die Maßstäbe die da anzulegen sind an so einer gesetzlichen Maßnahme wären im Grunde im wesentlichen die gleichen, die auch in Brandenburg angelegt worden sind.
-Das glaub ich kann man sagen.
-Ich will jetzt nicht auf dieses Urteil berufen.
-Das war jetzt nur mal ein Hinweis für die Interessenten, die sich mal mit der Materie befassen wollen, wo man das ganz gut nachlesen kann.
-Das war eigentlich so der Hintergrund dieses Hinweises.

Herr Vollmerich:

-Manfred Bosselmann und dann Bodo Wissel

Herr Bosselmann:

-Wir kennen alle die Ergebnisse der Anhörung von der Enquete-Kommission, und mir persönlich ist keine Gemeinde bekannt die Eingemeindet werden will.
-Die Bedingungen und die Gemeinde hat dazu auch Vorlagen angelegt.
-Eine Frage an sie, welche Argumente für Eingemeindungen sehen sie denn.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Ich habe schon gesagt, ich bin nicht in Stande und das ist jetzt auch noch nicht angebracht zu dem jetzigen Zeitpunkt eine so detaillierte Eingemeindungsdiskussion zu führen.
-Also ich sag jetzt mal so, ganz allgemein.
-Was ist so der Grund, warum Eingemeindungen ins Auge gefasst werden.
-Und der Grund ist allgemein der, dass zieht sich auch die ganze Rechtsprechung hindurch, dass man durch die Eingemeindung die Einheit herstellen will.
-Zwischen dem tatsächlichen Verflechtungsraum und dem Verwaltungsraum, um eben so gewisse Disparitäten, die sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, eben

zusammenzuführen, dass man also dann einen einheitlichen Raum hat.

-Und es ist ja auch so, dass werden Sie wahrscheinlich auch nicht unbedingt in Abrede stellen, dass die sehr erfreuliche Entwicklung, sagen wir mal so, von einigen Randgemeinden, die liegen ja noch zum großen Teil daran, dass sie Randgemeinden einer großen Stadt sind.

-Und liegt nicht daran, dass einfach die Bürger tüchtig und engagiert sind.

-Das sind sie sicherlich auch, aber es ist nicht der einzige und nicht der wirklich ausschlaggebende Grund dafür, dass es diesen Gemeinden sehr gut geht und dass sie auch mehr Möglichkeiten haben im Verhältnis zu ihrer Größe gemeindliche Aufgaben wahrzunehmen als, also freiwillige Aufgaben wahrzunehmen, als andere Gemeinden ihrer Größe im weiterentfernten ländlichen Raum.

-Das ist ja ein Faktum, was sich schwer bestreiten lässt.

-Und um eben die Einheit von Verflechtungsbereich und Verwaltungsraum herzustellen, dass ist sozusagen der Hauptansatz für die Maßnahme Eingemeindung.

-Jetzt sehr verkürzt und allgemein ausgedrückt.

Herr Vollmerich:

-Bodo Wissel wollte als nächster.

Herr Wissel:

-Ich habe hier Unbehagen von dem was sie hier so sagen, kommt mir sehr beschwichtigend vor, ich frage mich.

-Sie haben eingangs erst gesagt, es kommt aus der Stadt Schwerin auf Grund eines Gespräches des Innenministers und mit dem derzeit amtierenden Oberbürgermeister Herrn Friedersdorf.

-Am 11.09. geht ein Schreiben von Friedersdorf an Ihr Haus, wo konkretisiert wird, dass das Gesagte vor der Enquete Kommission eigentlich nicht das ist, was die Stadt Schwerin will sondern dass sie sich den Vorschlägen des Landesrechnungshofes zum Thema massive Eingemeindungen anschließen.

-Dann gibt es ein paar Tage später ein Schreiben des Städte- und Gemeindetages, wo explizit das Thema Eingemeindung angesprochen wird, auf Grund des überarbeiteten FAG und dann kommt am 18.09. dieser Bericht im NDR.

-Am 19.09. wird im NDR dieser Bericht aktualisiert das nicht nur Pampow, Wittenförden gemeint sind auch Rabensteinfeld.

-Dann kommt mir hier irgendwie, das ganze so vor, wie so eine Beschwichtigung.

-Ich denke da steckt noch ein bisschen mehr dahinter.

-In ihrem Hause gibts doch schon konkretere Meldungen, Pläne und Überlegungen, als wie das heute hier so gesagt wird.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Was ich ganz klar sagen kann, es gibt keinen Entwurf eines Eingemeindungsgesetzes.

-Definitiv nicht.

-Also wirklich, dass müssen Sie mir glauben.

Herr Wissel:

-Wenn das mehrere Institutionen, wenn das nun die Medien sind oder der Städte- und Gemeindetag oder...

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Ja die haben Wünsche.

Herr Wissel:

- Ich möchte wenn konkret den Entwurf sehn.
- Z. B. der Städte- und Gemeindetag, weil er sich gerne dazu äußern möchte.
- Und ob der NDR nun irgendwelche Wünsche hat, hier was loszutreten, dass ist ja irgendwo, als wenn ich morgen behaupte die Kreissparkasse wird an Lehmann geteilt.
- Das diese Diskussion hier auftritt.
- Man redet jemanden tot bevor er eigentlich tot ist.
- Das ist eigentlich das Gefährliche, was hier passiert.
- Ich will kein konkretes sondern ein Element.
- Z. B. ein Element wie Rabensteinfeld.
- Und die Gemeinden meinten aber Wittenförden und Pampow aber doch.
- Dann wir das noch mal erläutert, dass man manifestiert und muss hauptsächlich irgendwo eine Grundlage haben.
- Denn zwei Tage hintereinander was zu berichten, wo wahrscheinlich sonst am 19. beim NDR schon die Drähte heißgeklingelt wären.
- Wenn das wirklich nur so eine Ente ist.
- Das macht mich so ein bisschen stutzig.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Was sicherlich unglücklich ist, ist, dass hier einfach furchtbar viele Sachen vermischt werden.
- Also im Bereich FAG, da gibts natürlich schon konkrete Überlegungen, weil da ja auch ein besonderer Zeitplan besteht.
- Da ist vorgesehen, soweit ich informiert bin, dass das Gesetz Anfang 2010, glaub ich, in Kraft treten soll.
- Ich glaube, dass ist wenn ich mich so recht entsinne der da vorgesehene Zeitplan.
- Da gibts natürlich schon konkretere Überlegungen, ist völlig klar.
- Ich kann nur sagen, im Bereich Eingemeindung gibt es keinen Gesetzesentwurf.
- Und ich habe auch zu Anfang gesagt, wenn man so einen Gesetzesentwurf machen würde, dann ist das ein sehr langer Prozess, wo sehr viel umfangreiche Vorarbeiten erforderlich sind.
- Und wir stellen da Überlegungen an, aber es gibt da jetzt nicht irgendwelche ausgegorenen Dinge.

Herr Vollmerich:

-Herr Dr. Pracht

Herr Dr. Pracht:

- Sie sprachen zum Thema Eingemeindung gewissen Kriterien an die Voraussetzungen wären.
- Wie gesagt, wo vor ich ein bisschen Angst habe, es kann ja auch sein, dass das Gesetz der Kommunalverfassung festlegt, dass hier §1 Abs. 3 „Gemeinden sollen nicht weniger als 500 Einwohner haben.“
- So legt das das Gesetz fest.
- Ich habe jedenfalls noch nicht sehen können, was passiert wenn sie mal weniger haben.
- Die Konsequenz daraus, wenn dieses Modell wirklich erreicht wird, könnte man ja sagen, es ist ja nicht nur das Gesetz, es ist für die Gemeinden ja auch im Koalitionsvertrag regelt.
- Jetzt im Aktuellen steht drin, dass auch umgesetzt werden soll, dieses Ziel, nicht weniger als 500 Einwohner.
- In wieweit ist denn da in ihrem Hause schon jemand aktiv geworden?
- Es kann ja nur das versuchen umzusetzen, was schon im Gesetz steht.
- Das würde mich auch mal interessieren, weil wir ja auch hier Gemeinden haben, bei denen es zu trifft.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Das ist eine Soll-Vorschrift, das heißt das wird angestrebt, dass das so, dass die Gemeinden diese Einwohnerzahl haben sollen oder zukünftig erreichen, aber es ist jetzt auch nicht vorgesehen, dass da jetzt was passiert, das man da Gemeinden zwangsfusioniert.

-So kleinst Gemeinden.

-Es gibt Überlegungen auf die einzuwirken, dass sie sich also freiwillig mit größeren Gemeinden zusammen schließen, aber von irgendwelchen Maßnahmen mit Zwang, sind da bisher nicht in der Planung.

Herr Dr. Pracht:

-Ich will da mal die Auffassung teilen, dass das in sofern, zubegründen ist, dass hier Zwangseingemeindungen vorzunehmen, weil ich sagen kann.

-Ich setze nur das um, was ein Gesetz mir mehr oder weniger vorgibt.

-Oder ist das nicht so gemeint?

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Das ist so, im Geheimen neigen Sie auch jetzt dazu, so Sachen hineinzugeheimnissen.

-Ich glaube, dass die typische Stadtrandgemeinden ja eher größer sind.

Herr Dr. Pracht:

-Das bezieht sich jetzt in der Tat darauf.

-Ich habe es ja angedeutet.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Wir müssen das trennen.

-Die Eingemeindungsdiskussion, da gehts nur um die Kernstadt und um Randgemeinden.

Herr Dr. Pracht:

-Ich will ja wissen, ob überhaupt Überlegungen sind in ihrem Hause, ob Entwürfe entstehen, jetzt auch in diesem Bereich über das Jahr schon die gesetzlichen Vorschriften zu erlassen.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

-Nein da gibts bisher nichts, das ist im Grunde auch eine von diesen, von den typischen Aufgabenbereich der Enquete Kommission.

-Die Enquete Kommission hat ja eigentlich ursprünglich, als sie eingesetzt worden ist, ich glaube zur Jahreswende 2005 / 2006, und noch nicht klar war, dass die Kreisgebietsreform vor Gericht scheitern würde, sind die ja mit dem Auftrag eingesetzt worden, sich vor allem um die unterkreisliche Struktur zu kümmern.

-Also da Vorschläge für Verbesserung der unterkreislichen Struktur zu erarbeiten und in sofern ist das eigentlich mehr so ein Metier, was den ursprünglichen Aufgabenbereich der Enquete Kommission umfasst.

-Also es gibt da jetzt nicht irgendwie konkrete Überlegungen, was man mit den kleinen Gemeinden macht.

-Wenn es nicht irgendwelche gesetzlichen Sachen.

Herr Dr. Pracht:

-Nicht mal dafür, ich meine, dass ist ja was anderes, dass ist ja sozusagen Auftrag der vor dem Gesetz steht.

-Sozusagen eine Soll-Vorschrift, aber es steht ja nun mal im Gesetz.

-Es ist ja auch von den Koalitionsfraktionen bestätigt worden.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Wir bestärken Gemeinden darin, dass sie Fusion machen, wenn sie klein und wirtschaftlich nicht Leistungsfähig sind, im Wege der Aufsichtstätigkeit.
- Das ist ja teilweise so, da kommt der Amtsvorsitzende dann zu uns und schildert da seine Probleme in seinem Amt mit vielen kleinen Gemeinden und dann überlegt man eben gemeinsam, wie man da das verbessern kann.
- Und dann ist eben auch das Thema Fusion von Kleinstgemeinden, eine Möglichkeit.
- Aber das wird sozusagen im administrativen freiwilligen Wege irgendwie unterstützt, aber nicht jetzt im Wege von den gesetzgeberischen Maßnahmen derzeit voran getrieben.

Herr Vollmerich:

- Herr Lischtschenko

Herr Lischtschenko:

- Bevor wir das nachher vergessen, noch mal danke, dass wir hier wieder miteinander reden, das Innenministerium und Wir.
- Denn hätten wir das vorher gemacht, wäre es vielleicht nicht aufgenommen.
- Aber vielleicht auch noch keiner den Redebedarf gesehen.
- Ich möchte Ihnen gerne noch was mitgeben, was wir auch schon überall betont haben.
- Erstes Mal sehen wir das nicht so, die Kriterien der Raumordnung die irgendwann mal vor langer Zeit aufgestellt worden sind.
- Das die vielleicht noch unbedingt das non plus ultra für einen Maßstab sind, wie man eine Kreisgebietsreform letztendlich bewerten sollte.
- Das sind alles Sachen die schon alle ein bisschen älter sind und die werden auch Interpretiert, wie man es möchte.
- Also ich hab mal einen sehr interessanten Vortrag gehört vom Regionalverband vom Schweriner Umland.
- Und da wurde von einer Professorin aus Leipzig oder Erfurt...
- Da wurde dargelegt, dass man, dass sollte man in diesem Bereich hier vielleicht auch so sehen, dass eigentlich die Kernstadt und ihr Umland der Verflechtungsbereich sind, der nach außen ausstrahlen soll.
- In den ländlichen Bereich, dass heißt im Prinzip brauche die Kernstadt das Umland, dass dann schon ein bisschen aufgeholt hat.
- Genauso und der Rest damit es von der Stadt nach außen transportiert wird.
- Deshalb wäre es sicherlich vernünftig, die eine Struktur die mit eingeplant ist, nicht kaputt zu machen, weil dann der Übergang von Stadt zum Umland ländlicher Bereich eigentlich nicht mehr da ist.
- Das find ich hier mal einen ganz interessanten Ansatz.
- Dann sagten Sie noch Verflechtungsbereich und Verwaltungsraum, dass ist ja auch so ne Sache, dass muss man ja auch mal relativieren.
- Wir haben ja hier im Bereich auch immer noch den Kreis mit drin und in vielen Diskussion auch in der Enquete-Kommission und am Rande ist immer wieder auch der Kreis mit ins Gespräch gebracht worden.
- Ich weiß noch, Herr Bosselmann hat damals noch was z. B. in der Diskussion mit Zahlen mal deutlich belegt, dass die Verwaltungskosten Kreis-Amt immer noch wesentlich geringer sind als die Stadt Schwerin, nur von den Kernaussgaben jetzt mal gerechnet.
- Das fand ich schon mal interessant und dann ist es hier ja auch so, es ist ja nicht so, dass Kreis, Gemeinden, Ämter, Stadt nicht miteinander reden.
- Man probiert es nur immer so darzustellen, um die Eingemeindungsdiskussion wieder in die Reihe zu kriegen.

- Es gibt ja eine ganze Menge von Aufgaben, wo die Stadt Schwerin und der Landkreis Ludwigslust schon zusammen arbeiten, wo sie auch gegenseitig Personal ausgetauscht haben, um effektiver zu arbeiten.
- Das sind so Sachen die sollte man mehr für die Zukunft nehmen, dass heißt der Verflechtungsraum.
- Der ist eigentlich schon dabei zusammen zuwachsen, aber nicht das man ihn mit Gewalt zusammen packen muss.
- Und das ist meiner Meinung nach die viel bessere Variante.
- Und da sind auch Sachen, über die die Ämter z. B. genauso eingebunden sind, die dann auch Sachen machen die der Landkreis früher gemacht hat oder die Stadt macht oder die Zukunft eigentlich technisch und soweit genauso hier erledigen könnten, wie in der Stadt und in der Stadt genauso wie hier.
- Und da muss man sich später vielleicht die Ausgaben erstatten, aber da gibts ne Menge Möglichkeiten.
- Diese Gedanken die da gemacht werden, dass ist einfach immer noch so auf die frühere Betrachtungsweise fokussiert, wie man so was betrachtet.
- Die sind nicht mehr zeitgemäß, zum Teil, schlicht und ergreifend.
- Man geht denn auf die alte Rechtsprechung zurück, die Teilweise 10-20 Jahre alt ist.
- Aber das in der Zeit sich die Bedingungen schon viel mehr verändert haben, auch innerhalb der Verwaltung und so, dass wird ein bisschen wenig immer in Betracht gezogen.
- Da läuft bestimmt auch in Zukunft in Städten wie Stralsund, Greifswald und so noch mehr, habe ich gehört, soll das auch schon teilweise anlaufen.
- Noch viel mehr direkt miteinander, als wenn man mit Zwang dazwischengehen muss.
- Das die Finanzen da irgendwo stimmen müssen für alle, dass ist klar, aber das ist ja auch nicht das Hindernis.
- Es ist nicht so, dass keiner miteinander will und kann.
- Es könnte sicher mehr sein.
- Und vielleicht sollte man darein lieber investieren, als dann Strukturen mit Gewalt zu verändern.
- Dann sollten sie sich lieber selber Selbst verändern und wachsen dann besser zusammen.
- Das wäre mir wichtig, dass das vielleicht noch mal mitgenommen wird.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Darf ich noch mal fragen, was sie da jetzt konkret denken, in dieses Raumordnungskonzept?
- Auf was Sie sich da jetzt bezogen haben?
- Was da sozusagen aus Ihrer Sicht veraltete Grundlagen gewesen sei?

Herr Lischtschenko:

- Ja da gibts diese Grundlage z. B. wie die Pendlerströme oder so.
- Die Pendlerströme kann ich auch fürchterlich auseinanderrechnen, es ziehen auch so und so viele Leute jeden Tag aus der Stadt Schwerin, die fahren nach Hamburg, die fahren aus Lübeck.
- Kein Mensch kommt auf die Idee, zu sagen, wir müssen jetzt Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg eingemeinden, weil 40 % vielleicht nach Hamburg fahren oder so, oder Wismar.
- Z. B. fahren auch viele nach Wismar und es fahren auch viele aus Wismar nach Schwerin.
- Keiner kommt auf die Idee Wismar und Schwerin zusammenzuschließen, weil da die Pendlerbeziehungen sind.
- Das ist nun mal heute so.

- Die Städte haben die Aufgabe, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.
- Im größeren Maße können sie aber auch nur nutzen, aber auch nur zu ihrem Vorteil, wenn sie dann eben auch Personal aus dem Umland haben.
- Sonst nützte das den Städten überhaupt nichts.
- Lassen Sie uns eher hier weiter investieren oder BMW hätte investiert, dass hätte nie geklappt, wenn nur Arbeitskräfte aus Schwerin zur Verfügung stehen.
- Da hätte man von Wismar bis zu den Werften hoch gehen müssen, um das gleich zu unterfüttern.
- Das ist mir alles zu klein, klein gedacht.
- Und das ist nun mal, weil diese Grundlagen der Raumordnung immer wieder herangezogen werden, ich hab die Diskussion mit Herrn Heinrichs auch schon bei der Enquete-Kommission geführt.
- Man muss die auch mal Modern sehen, die mögen ja vom Grundsatz stimmen aber man muss sich auch mal Modern sehen.
- Man muss das mit Leben erfüllen, wies heute ist.

Herr Vollmerich:

- Danke, Peter Lenz hat sich gemeldet.

Herr Lenz:

- Eins verstehe ich nicht richtig.
- Eigentlich hätte der Landkreis der Herr Christiansen hier am Tisch stehen müssen und er hätte gesagt: „So Leute was macht ihr hier mit meinen Gemeinden?“
- Das ist, was ich hier nicht verstehe.
- Aber ich möchte noch einfach mal diese Bitte formulieren, die hier eigentlich schon von allen Gemeinden auch eigentlich schon ausgesprochen worden ist, dass es in jeden Fall ein Dementi an gleicher Stelle erfolgen soll.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Okay das ist angekommen.

Herr Vollmerich:

- Wir müssen uns nicht wiederholen.
- Wollen wir das jetzt erst mal dabei belassen, dass wird sicherlich nicht das letzte Mal sein, dass wir uns damit befassen und sicherlich soll der Innenminister auch zur Kenntnis nehmen, dass wir gemeinsam hier die Sache, alle Gemeinden zusammen, egal wie, auch durchziehen werden.
- Hoffentlich vielleicht im Konsens und nicht gegeneinander.
- Und ich bedanke mich bei allen, die so kurzfristig gekommen sind.
- Allgemein sind solche Schnellschüsse nicht so gut.
- Wir wären sonst sicherlich einige Leute mehr gewesen.
- Herzlichen Dank, dass Sie auch da waren und bis zum nächsten Mal und vielen Dank.

Herr Dr. Johann Freiherr von Gayl:

- Vielleicht noch mal so als Schlusswort von mir.
- Vielen Dank, dass ich hier heute zu Ihnen kommen durfte.
- Und ich denke es war mal ganz sinnvoll.
- Obwohl es ja sozusagen sich eigentlich zufällig ergeben hat, dass wir den Termin heute hier haben.
- Es war ja eigentlich jetzt nicht so geplant, als Termin, an dem man sich nun das brisante Thema aufgrund von irgendwelchen Medienmeldungen unterhält.
- Es war für mich interessant Ihr Meinung auf jeden Fall zu hören, und auch wenn im Grunde jetzt eine Diskussion geführt worden ist, die im Grunde viel zu vorzeitig stattgefunden hat, und deswegen auch nicht in der Form stattgefunden hat, wie es

dann bei einer möglichen Anhörung der Fall sein würde.
-Aufgrund von einem ausgearbeiteten Konzept und einer gründlichen analysierten Sachgrundlage für das Thema Eingemeindung.
-Soweit von mir.

Herr Vollmerich:

-Vielen Dank.
-Auf Wiedersehen.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender

Schrifführer